

Stellungnahme Antrag Klimanotstand

Sowohl in der letzten Ratssitzung, als auch in der Sitzung des Ausschusses Ordnung und Soziales wurde unser Antrag beraten und kontrovers diskutiert. Bisheriger Tenor der Fraktionen von CDU und SPD sowie auch der Verwaltung ist, dass die Stadt Olsberg bereits viel für den Klimaschutz getan hat und auch weiterhin tun wird.

Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen möchte mit dem Antrag auch keineswegs die bisherigen Bemühungen in Abrede stellen und hat sämtliche Maßnahmen, die dem Klimaschutz dienen unterstützt.

Wir möchten auch nochmals kurz auf den Begriff „Klimanotstand“ eingehen, der anscheinend hier im Rat für Irritationen und sogar Ängste sorgt. Gegen den Begriff „Pflegenotstand“ habe ich diese Ängste noch nicht gehört, dieser Begriff ist in der Bevölkerung akzeptiert. Viele anderen Städte in Deutschland und international haben mit diesem Begriff keinerlei Probleme und den Klimanotstand bereits ausgerufen. Der Begriff existiert seit 2010 und wird seitdem auf Demonstrationen gegen den Klimawandel eingesetzt. Er besagt, dass eine akute Gefahr durch den Klimawandel und seinen Folgen für den Menschen besteht. Eine Gemeinde, die den Klimanotstand ausruft, erkennt an, dass Maßnahmen zum Klimaschutz dringend ergriffen werden müssen. Der Ausdruck ist kein rechtlicher Begriff und betrifft **nicht** das Notrecht. Der Begriff hat symbolische Wirkung und soll zeigen, dass eine Gemeinde den Klimaschutz ernst nimmt und Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreift.

Die Befürchtungen, mit der Ausrufung des Klimanotstandes müssten die Bürgerinnen und Bürger auf die freie Wahl ihrer Fortbewegungsmittel oder ihre Urlaubsreisen verzichten, sind völlig fehl am Platze und in unserem Antrag ist davon auch kein Wort zu finden. Ebenso gefährden Maßnahmen zum Klimaschutz keinen Wirtschaftsstandort sondern stärken ihn in der heutigen Zeit. Sinn und Zweck des Antrages ist es daher, ein Bewusstsein für die Gefahren des Klimawandels zu schaffen und alle seitens der Kommune geplanten Maßnahmen auf die Klimaauswirkungen hin zu überprüfen. So kann z.B. auf jeder Beschlussvorlage ein entsprechender Hinweis hinzugefügt werden, um die Ratsvertreter über die Klimaauswirkungen (positiv oder negativ) zu informieren. Wie die Entscheidung dann getroffen wird, liegt in den Händen der Ratsvertreter und hat nichts mit Verboten zu tun. Von Verboten ist in unserem Antrag keine Rede, ganz im Gegensatz zu aktuellen Forderungen in der GroKo, die z.B. Plastiktüten und Ölheizungen gesetzlich verbieten möchte.

Sollten die Ängste und Befürchtungen gegen den Begriff „Klimanotstand“ jedoch weiterhin bestehen, so ist unsere Fraktion sicher bereit, alle erforderlichen Maßnahmen z.B. auch unter den Titel: „Klimakonzept der Stadt Olsberg“ zu stellen.

In der Sitzung des Ausschusses Ordnung und Soziales wurden von uns bereits einige Vorschläge gemacht, was die Stadt konkret tun kann. Ergänzend dazu und vielleicht als Alternative zu dem von uns geforderten aber bisher vehement abgelehnten Klimamanager, kann die Stadt Olsberg dem „European Energy Award“ beitreten, der Städte und Gemeinden bei der Umsetzung von konkreten Klimaschutzmaßnahmen unterstützt. Die Stadt Arnsberg und auch der Hochsauerlandkreis sind neben vielen anderen hier bereits Mitglied. Die erforderlichen Haushaltsmittel sollten im Haushalt 2020 bereitgestellt werden.

Die im Beschlussvorschlag empfohlene Gründung eines Beirates birgt aus unserer Sicht die Gefahr, dass nötige Maßnahmen nicht zeitnah genug umgesetzt werden. Sollte dieser Beirat beschlossen werden, muss er mit entsprechenden Fachleuten, d.h. nicht nur aus Mitgliedern des Rates und der Verwaltung, besetzt sein und entsprechende Befugnisse erhalten.

Meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister, Sie sehen, wir kritisieren nicht nur, sondern machen konkrete Vorschläge und sind Dialogbereit. Forderungen wie die Rückkehr zur Atomenergie oder der Zweifel am Einfluss der Menschen am Klimawandel, wie groß er auch immer sein mag, stoßen jedoch bei uns auf absolutes Unverständnis. Die überwältigende Mehrheit seriöser Wissenschaftler und Klimaforscher sind sich einig, dass der Einfluss des Menschen auf das Klima erheblich ist. Auch Argumente wie „Es sollen erstmal die großen Klimasünder etwas machen; Wir hier in unserer kleinen Gemeinde können die Welt auch nicht retten und so schlimm ist es doch noch gar nicht“ können wir nicht nachvollziehen. Wir können etwas tun und das jeden Tag. In Olsberg können wir dafür sorgen, dass z.B. die Dächer von Bushaltestellen begrünt werden um Insekten Lebensräume zu geben, wir können Fahrradgaragen an den Bahnhöfen installieren um den ÖPNV zu stärken, wir können das innerstädtische Radwegenetz ausbauen, wir können unsere öffentlichen Gebäuden mit regenerativen Energien beheizen, wir müssen es nur wollen.

Unsere Fraktion beantragt folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Olsberg beschließt die Erarbeitung ein Klimaschutzkonzepts, in dem konkrete Maßnahmen zum Schutz des Klimas und der Artenvielfalt getroffen werden. Zur Ausarbeitung dieses Konzeptes wird bis Ende November 2019 ein Arbeitskreis (Beirat) gegründet. Dieser Arbeitskreis setzt sich aus Vertretern des Rates der Stadt Olsberg, Vertretern der Verwaltung sowie einem je Fraktion vorzuschlagendem externen Mitglied zusammen. In einem ersten Schritt wird die Verwaltung beauftragt, aus Anlass des für den 20. September ausgerufenen weltweiten Klimastreik und als Ergänzung zum TOP 3 der heutigen Tagesordnung, mit der RLG sowie der Westfalenbus Kontakt aufzunehmen um sie zu bitten, für diesen Tag alle Tagestickets für den symbolischen Preis von 1,-- Euro auszugeben, um die Bürgerinnen und Bürger auf das Angebot des ÖPNV aufmerksam zu machen.“